

10 OKT 1963
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/193

Bonn, den 10. Oktober 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3 Zielbewusste, systematische Wirtschaftspolitik 22

Von Dr. Heinrich Deist, MdB
Mitglied des Präsidiums der SPD

3 Glosse: Zwei Jahre illegal 26

Minister-Schwarzarbeit im Gesundheitsministerium

3a Wirrwarz 52

Zur Kabinettsumbildung in Bonn

4 - 6 Immer wieder 144

Internationales Interesse für Deutschlandfrage mobilisieren
Von Kurt Mattick, MdB

7 Fortschritt für Südtirol 22

Widerstand gegen Terrorakte wird immer größer

7 Einmischungsmanöver Moskaus in Burma 26

Vor einem gelegentlichen Mitarbeiter

***** VORANKÜNDIGUNG *****
In seiner Freitagausgabe (11. 10. 1963) veröffentlicht der
SPD-Pressedienst eine interessante Analyse des Bundestags-
abgeordneten Hellmut Kalbitz zum Thema:
AUFGABEN DER DEUTSCHEN ENTWICKLUNGSHILFE

Zielbewußte, systematische Wirtschaftspolitik

Von Dr. Heinrich Deist, MdB

Die Wirtschaftspolitische Tagung der SPD vom 3. bis 5. Oktober 1963 in Essen hat in zweifacher Richtung besondere Bedeutung gewonnen. Einmal haben auf dieser Konferenz verschiedene Redner mit verschiedenen Temperamenten in umfassenden Referaten zu verschiedenen grundlegenden Wirtschaftsproblemen aus einheitlicher Sicht Stellung genommen; damit wurde überzeugend dargetan, daß die Sozialdemokratie über ein geschlossenes wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept verfügt. Zum anderen hat der Ablauf der Tagung gezeigt, daß das Bemühen der SPD, in ein offenes Gespräch mit allen gesellschaftlichen Kräften einzutreten, auch in der Wirtschaft volles Verständnis und in der breiten Öffentlichkeit großen Widerhall gefunden hat. Die Beiträge von Männern der Wirtschaftswissenschaft und der Wirtschaftspraxis zu den Referaten und die große Zahl der Teilnehmer aus der Wirtschaft lassen darüber keinen Zweifel.

Aus Kreisen der CDU/CSU, die sich bis heute zu einer solchen offenen demokratischen Arbeitsweise nicht haben durchringen können, wurde zunächst versucht, die Initiative der SPD zu bagatellisieren. Diese Methode ist offenbar nicht mehr durchzuhalten. Allmählich werden Stimmen laut, die zeigen, daß auch die politischen Gegner der SPD begreifen, die Essener Tagung und was auf ihr geschah, ernst zu nehmen. Dazu gehören z.B. die Äußerungen des CDU-Abgeordneten Prof. Dr. Lohr in DJD vom 8.10.1963. Leider wird hier wieder der Versuch unternommen, einen Gegensatz zwischen der Marktwirtschaft und einer Wirtschaftspolitik, die sich der modernen wirtschaftspolitischen Mittel bedient, zu konstruieren. Das ist die alte Methode, wirtschaftspolitische Fragen, die pragmatisch und sachgerecht gelöst werden müssen, zu Fragen der Weltanschauung zu machen.

Der demokratische Staat steht vor der Tatsache, daß er im Hinblick auf seine soziale Verantwortung den Dingen auch in der Wirtschaft nicht einfach freien Lauf lassen kann, daß es ihm aber im Hinblick auf seine Verantwortung für eine freiheitliche Ordnung unseres Lebens verwehrt ist, die Wirtschaft unter staatliches Kommando zu stellen oder Maßnahmen anzuwenden, die praktisch die Entscheidungsfreiheit sowohl der Unternehmer als auch der Tarifpartner außer Kraft setzen.

- * Es ist keine Frage des Prinzips, sondern eine Frage des gesunden Menschenverstandes, ob alle Möglichkeiten eines modernen wirtschaftspolitischen Instrumentariums, wie die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und die Vorausschätzung langfristiger Entwicklungen, genutzt werden sollen, um zu einer klaren Analyse des Vorhandenen und einer bestmöglichen Herausarbeitung zukünftiger Entwicklungstendenzen zu gelangen; sowohl für die staatliche Führung als auch für die freien Kräfte der Wirtschaft brauchen wir ausreichende, wissenschaftlich fundierte Grundlagen, um in Freiheit verantwortungsbewußte Entscheidungen treffen zu können.

Und es ist eine Frage des Mutes zur Entscheidung und der Bereitschaft zum Handeln, ob die für die Wirtschaftspolitik verantwortliche Bundesregierung und die hinter ihr stehende Parlamentsmehrheit bereit sind, aus diesen Erkenntnissen Folgerungen zu ziehen und daraus eine Wirtschaftspolitik aus einem Guß zu entwickeln, die allen die Ziele der Bundesregierung deutlich sichtbar macht; bisher sind die wirt-

schaftspolitischen Ziele der Bundesregierung nicht klar erkennbar, sie weigert sich, die vor ihr geplanten Maßnahmen rechtzeitig offen zu legen und verantwortlich zu sagen, was sie will.

Das Durcheinander und Gegeneinander der Ministerien ist deutlich wahrnehmbar. Herr Professor Krelle hat die Aufgabe einmal wie folgt gekennzeichnet: "...daß der Staat ... ebenso wie jede private Organisation ... besser daran täte, auch auf wirtschaftlicher Gebiet seine Entscheidungen auf Grund wohlüberlegter langfristiger Zielvorstellungen zu fällen, als sich jeweils von Fall zu Fall 'durchzumarschieren'."

Der Wirtschaftspolitik ist - nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in allen modernen Industriestaaten - die Aufgabe gestellt, die Marktwirtschaft aufrechtzuerhalten, den Wettbewerb zu fördern und zugleich ein stetiges Wirtschaftswachstum zu sichern. Über die Auffassungen der SPD über eine solche zielbewußte und systematische Wirtschaftspolitik kann eigentlich für diejenigen kein Zweifel bestehen, die sich ernsthaft mit den eigenen Ausserungen der Sozialdemokratie befassen.

- * Was auf der Essener Wirtschaftskonferenz ausgesprochen wurde,
- * wer bereits wesentlicher Bestandteil des im Jahre 1952 beschlossenen Aktionsprogramms und steht im Einklang mit den
- * Aussagen des Godesberger Grundsatzprogramms. Es fordern
- * Niederschlag in Regierungsprogramm der SPD zu den Bundestags-
- * wahlen 1961 und es wurde immer wieder durch die Praxis der
- * Sozialdemokraten im Bundestag und im Europäischen Parlament
- * bestätigt.

Die SPD hat stets zum Ausdruck gebracht, daß sie die französische Methode der Planifikation jedenfalls für deutsche Verhältnisse nicht für geeignet hält. Eine weitreichende Detailplanung mit Einzelempfehlungen für die einzelnen Unternehmer, die darüber hinaus die Entscheidungen der Wirtschaft überwiegend von steuerlichen Anreizen und sonstigen staatlichen Maßnahmen abhängig macht, entspricht nicht den Vorstellungen der SPD. Das hat auch Willy Brandt in seinem Schlusswort deutlich gemacht, indem er in kurzen Worten das Ergebnis der Tagung, das eben auch mit seinen verschiedenen Koferaten im Zusammenhang gesehen werden muß, zusammenfaßt:

Er hat aber zugleich keinen Zweifel darüber gelassen, daß sich die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ebenso deutlich von der bisherigen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung abhebt, die die Dinge einfach treiben läßt und die vieles versäumt, um Übersteigerungen der wirtschaftlicher Entwicklung ebenso wie allzu harte Rückschläge auszugleichen und damit den Schwächeren in der Wirtschaft die Überzeugung vermittelt, daß sie im Ernstfall nicht hilflos einem harten Schicksal überlassen bleiben.

- * Willy Brandt erklärte wörtlich: "Keine Planifikation mit Detail-
- * empfehlung für die Unternehmer. Dafür aber jene Mittel der
- * volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die den Rahmen für eine
- * wachstumsbewußte Wirtschaftspolitik geben. Damit wird die
- * Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik erleichtert: nämlich, lang-
- * fristige wirtschaftliche Ziele zu setzen und ihre täglichen
- * Entscheidungen unter ständiger Beachtung der volkswirtschaft-
- * lichen Zusammenhänge zu finden."

So wurde die Aufgabe des demokratischen Staates, der seine Mitbürger zur Verantwortung aufrufen muß, wenn er sich nicht selbst verleugnen will, deutlich. Auch für die Wirtschaft, die vielfach mit den

übrigen Leben der Menschen verwoben ist, muß der Staat Ziele setzen, zur Verantwortung aufrufen, durch sein Beispiel wirken und durch seinen legitimen Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung den Blick auf das Ganze leiten.

Wer nicht an der Verwirrung der Geister, sondern an möglichst viel Klarheit interessiert ist, wird unschwer feststellen, daß die Vorschläge der EWG-Kommission für eine mittelfristige Wirtschaftspolitik sich eher diesen Vorstellungen nähern, als denen der sogenannten Plannificatoren. Infolgedessen hat das Aktionsprogramm nicht nur die Zustimmung der Sozialdemokraten, sondern der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments, einschließlich der deutschen CDU-Mitglieder gefunden. Es ist nicht ohne Reiz, daß der Bericht, der die Zustimmung zu diesem Aktionsprogramm aussprach, durch den deutschen CDU-Abgeordneten Illerhaus erstattet wurde.

Die Wirtschaftspolitische Tagung in Essen hat der Öffentlichkeit den ernstesten Willen der SPD gezeigt, an die Stelle eines dogmatischen, verhärteten Streites um Ideologien zu einer sachlichen Auseinandersetzung um die praktischen Notwendigkeiten zu kommen. Alle, die eine gesunde demokratische Entwicklung wünschen, sollten den großen Fortschritt erkennen, der darin liegt, daß dieses Bemühen auch bei der Wirtschaft auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Jede demokratische Partei sollte sich stark genug fühlen, gleiches zu tun: nämlich, in gemeinsamer Anerkennung der Grundwerte des demokratischen und sozialer Rechtsstaates in sachlicher Weise um den besten Weg zu ringen. Dabei sollten alle Gutwilligen - wägen sie politisch stehen, wo sie wollen - helfen.

+ + +

Glosse:

Zwei Jahre illegal

E.B. - Dem Bundesrat liegt ein erstaunlicher Gesetzentwurf vor. § 1 der Drucksache 389/63 bestimmt: "Die in Gesetzen und Rechtsverordnungen begründeten Zuständigkeiten des Bundesministers des Inneren auf dem Gebiete des Rechts des Gesundheitswesens gehen auf den Bundesminister für Gesundheitswesen über." Und in § 5 heißt es: "Dieses Gesetz tritt ... mit Wirkung vom 14. November 1961 in Kraft." 1961 ist kein Druckfehler. - Wie das? Befand sich das Gesundheitsministerium 2 Jahre lang etwas außerhalb der Legalität? Leistete Frau Ministerin Dr. Schwarzhaupt Schwarzarbeit? Die Folgen wären nicht auszudenken. - Ein Staatsfeind beispielsweise könnte die Frau Gesundheitsministerin verklagen. Dann müßten Bundestag und Bundesrat zu einem Wettlauf mit dem zuständigen Gericht antreten. Und wäre der Richter schneller, so müßte er Frau Dr. Schwarzhaupt wegen Amtsanmaßung zum Nachteil ihres Kollegen Höcherl verurteilen. Auch Kollege Schwarz wäre nach § 3 des Gesetzentwurfes geschädigt. - Aber gemacht, es wird nicht dazu kommen. Denn die These, ein weiblicher Minister sei in jedem Falle ein guter Minister, ist durch die Tätigkeit von Frau Dr. Schwarzhaupt bisher noch nicht schlüssig bewiesen worden. Zwar hat das Ministerium erheblichen Eifer bewiesen, wenn es um die Aufarbeitung von Statistiken für die Sonntagsreden der Frau Ministerin ging, aber Ministerreden können auch ohne gesetzliche Grundlage gehalten werden.

Im übrigen hat die charmerante Frau Ministerin in zweijähriger harter Arbeit in Gestalt eines Rahmenplanes die Aufgaben zusammengestellt, mit deren Lösung sie eigentlich in dieser Zeit beginnen sollte. Da das Kabinett dem Rahmenplan noch nicht zugestimmt hat, braucht auch bis zur Verabschiedung des Kompetenz-Gesetzes zunächst noch nichts zu geschehen.

+ + +

Wirrwarr

Der - Nicht Herr Wirrwarr ist gemeint, jener Herr aus Hamburg, der durch seine Geschäftspraktiken eine Untersuchung seines Geisteszustandes auf sich zog, gemeint ist der Wirrwarr bei der Kabinettsumbildung in Bonn. Es schwirrt von neuen Namen, Versetzungen und Verschiebungen, das heillosse Durcheinander bringt die davon betroffenen Köpfe zur Weißglut, und des Rätselsratens, wer im Kabinett Erhard landen wird, gibt es kein Ende. Wie wurde der Nachfolger Adenauers auf dem Kanzlerstuhl ob seines bisherigen Schweigens gelobt, viele sahen darin ein Zeichen der Stärke. Freie Hand in der Auswahl der Kabinettsmitglieder sollte ihm belassen bleiben, niemand sollte ihm, dem großen Schweiger, in seine personellen Überlegungen hineinfluchen. Von diesem, ihm vorzeitig verliehenen Lorbeer sind inzwischen manche Blätter abgefallen. Erhard hat nicht mehr die freie Entscheidung, er mußte sich schon dem mächtigen Druck seiner Fraktion fügen. Als Wirtschaftsminister wollte er seinen langjährigen Freund und Mitarbeiter, Staatssekretär Westrick, haben; er muß sich nun mit dem Mittelstandspolitiker Schmücker abfinden, ein Mann, von dem nicht gesagt werden kann, er habe grundlegende Kenntnisse etwa in Europafragen oder auf dem Gebiet der weltwirtschaftlichen Verflechtungen. Sofern Erhard den Wunsch oder die Absicht hatte, den bisherigen, durch die Polionabsorptionsaffäre in der letzten Zeit ins Zwielicht getretenen Innenminister Höcherl loszuwerden - die deutsche Öffentlichkeit, vor allem die junge Generation, hätte dies mit Erleichterung aufgenommen - muß er davon Abschied nehmen. Höcherl bleibt im Kabinett, er soll vom Innen- in das Verkehrsministerium überwechseln. Herrn Seeborn erwartet die politische Wüste. Nun konnte man gegen Seeborn als Verkehrsminister manches einwenden, Mangel an Durchhaltevermögen, als Verkehrsfachmann errang er jedoch internationale Anerkennung. Wir sind mitten in einem Verkehrschaos, die Phantasie vermag sich nicht auszumalen, was in fünf Jahren sein wird, wenn im Haushalt dem Verkehr nicht jene Priorität zugewiesen wird, die ihm zukommt, wie will ein künftiger Verkehrsminister Höcherl hier bestehen? Seine Kenntnisse auf diesem Gebiet beschränken sich auf die eines normalen Verkehrsteilnehmers; er, Höcherl, wäre in der Lage eines Analphabeten vor einer komplizierten Schalttafel.

Am Schlimmsten jedoch ist es mit dem armen Mende, dem Vorsitzenden der Freien Demokraten bestellt. Dieses grausame Spiel um seine Verwendung im Kabinett Erhard löst geradezu Erbarmen aus. Gleich drei Ministerämter stehen ihm zur Auswahl oder sind im Gespräch - Minister für Wissenschaft und Forschung, Schatzminister und das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Die erstgenannten Ministerien erfordern, sollen sie ihre Aufgabe erfüllen, einen Mann, der seine ganze Energie dafür verwendet, Wissenschaft und Forschung sind in der Bundesrepublik unterentwickelte Gebiete, auf ihnen entscheidet sich unsere Zukunft im Wettbewerb mit anderen Industrienationen. Die Leitung eines solchen Ministeriums soll mit linker Hand und halber Kraft, gewissermassen als Halbtagsbeschäftigung erfolgen? Wozu nicht die FDP, wie sie bei dem im Gang befindlichen Schacher ihren Vorsitzenden und künftigen Vizekanzler Mende selbst abwertet und damit auch das Ministeramt, das er - noch ist das Tauziehen nicht entschieden - einnehmen wird? Ein Mann, und sei er noch so talentiert, der glaubt, er könne alles, kann in Wirklichkeit nichts. Welchen Bärendienst leistet die FDP sich selbst und den Ministern, die sie im Kabinett Erhard stellt?

Erhard tritt in einer Woche sein hohes Amt an. Schon nach seiner Nominierung versprach Erhard einen neuen Stil. Was heute, eine Woche vor der angeduligten Kabinettsbildung, geboten wird, läßt die zwei vorher geschehenen Regierungsbildungen beinahe noch als Muster eines Ablösungsprozesses erscheinen.

10. Oktober 1963

Immer wieder

Internationales Interesse für Deutschlandfrage mobilisieren

Von Kurt Mattick, MdB

Das war mein letzter Eindruck beim Besuch der UNO in New York. Am 4. Oktober wurde zu Ehren des Kaisers von Äthiopien in der UNO ein Empfang gegeben. Es ist noch derselbe Kaiser von Abessinien, dem der Völkerbund 1936, nachdem Italien 1935 in Abessinien einfiel und damit die Kriegsserie in Europa einleitete, praktisch die Tür gewiesen hat.

Dean Rusk, Außenminister der größten westlichen Weltmacht, erwartete den Negus in der Vorhalle und der sowjetische Außenminister Gromyko eilte dem Empfang zu und wies alle, die noch mit ihm reden wollten, mit dem Hinweis auf die Uhrzeit von sich. Der Negus beherrschte für einige Stunden des 4. Oktober das Feld.

Auf der Straße vor dem UNO-Gelände standen Afrikaner mit Schildern für den Negus und mit Protesttexten gegen den afrikanischen Imperialisten Haile Selassie. Wahrscheinlich spiegelt sich in der Bevölkerung New Yorks durch beinahe alle Schichten des Volkes und der Stipendiaten das Völkergemisch der UNO noch einmal wieder. Allerdings kommt in den Personen, die die jeweiligen Mitgliedstaaten bei der UNO vertreten, die soziale und ökonomische Lage ihres Volkes nicht mehr zum Ausdruck. Es ist mehr oder weniger eine eigene, in sich homogene Gesellschaft, die dort versucht, Weltgeschichte zu gestalten.

Die Deutschen gehören nicht dazu

Die Deutschen gehören nicht dazu. Es ist keine einfache Sache für den deutschen Botschafter und seine Mitarbeiter, sozusagen als Lobbyisten bei 119 Nationen die deutschen Sorgen an den Mann zu bringen.

Der deutsche Außenminister fand in den maßgeblichen New Yorker Zeitungen so wenig Aufmerksamkeit, daß es uns nicht verwunderte, wie wenig Beachtung die Delegation des Kuratoriums Unteilbares Deutschland fand.

Gerade darum glaube ich, daß es wichtig und richtig war, jetzt in New York daran zu erinnern, daß zum Frieden in der Welt auch eine befriedigende Lösung der politischen Probleme gehört. Aber befriedigen kann wohl nur heißen: Selbstbestimmung jedes Volkes über seine innere Ordnung im Sinne der UN-Charta.

Schließlich haben die Völker Afrikas durch ihr Bemühen in der UNO die Südafrikanische Union so gut wie isoliert. Man soll von uns nicht erwarten, daß uns die Freiheit unserer Deutschen im sowjetischen Nachbarbereich weniger am Herzen liegt als den afrikanischen Völkern ihre Rassegossen in der Südafrikanischen Union.

Nun haben wir in New York nicht nur der Menschenrechtskommission unsere Beschwerde überreicht. Wir haben Vorschläge unterbreitet, wie man die deutsche Frage vom Eis bringen könnte. Dabei kam es nicht darauf an, einen spektakulären Einakter über die politische Bühne gehen zu lassen.

Kleinarbeit

Wir haben Kleinarbeit leisten müssen. In mehr als 25 einzelnen Gesprächen haben wir dafür zu sorgen versucht, daß unsere Gedanken bei denen, die auch über unser Schicksal mitbestimmen, verstanden und unterstützt werden. Dazu gehörten der amerikanische Außenminister Dean Rusk, der britische Staatsminister Thomas, der französische Gesandte Seydoux, der belgische Außenminister Spaak, der dänische Außenminister Haekker, Frau Pandit, die Schwester des indischen Ministerpräsidenten, die Indien bei der UNO vertritt, mehrere Vertreter der afrikanischen Länder sowie der Botschafter des neuen Staates Malaysia. Wir sprachen mit namengeblichen Männern der amerikanischen Politik und haben sehr viele Journalisten verschiedener Länder informiert. Beim Internationalen Bund Freier Gewerkschaften haben wir wieder großes Verständnis und Unterstützung gefunden. Der IBFG ist der Menschenrechtskommission bei der UNO beigeordnet und wird dort unser Anliegen kräftig unterstützen. Unsere Beschwerde und die Vorschläge zur Lösung des deutschen Problems wird der IBFG in seiner Zeitschrift mit sieben Millionen Auflagen in fast allen Sprachen veröffentlichen.

Vielfach hat man den Eindruck, daß die Delegierten bei der UNO so sehr von der Hoffnung beseelt sind, daß der erste Schritt einer Verständigung der beiden Großmächte die sogenannte Entspannung einleitet, daß störende Elemente möglichst beiseite geschoben werden können. Dabei ist eben jedes Element störend, das nicht in den unmittelbaren Interessenbereich der jeweiligen Delegation hineinragt. Deutschland ist nicht in der UNO. Seine entscheidenden Verbündeten liegen leider im Zwiespalt. Diejenigen, die sich zurzeit in der UNO engagieren, glauben von der Peripherie her irgendwann wieder an das deutsche Problem mit mehr Erfolg herankommen zu können.

Deutsche Frage - ein Störungsfaktor

So ergab es sich eben, daß der amerikanische Präsident Kennedy in der Sache absolut für eine Lösung des Deutschland-Problems in unserem Sinne eintrat, aber es schließlich auch unterließ, die widerlichen, unberechtigten Angriffe des sowjetischen Außenministers gegen die Bundesrepublik ausreichend energisch zurückzuweisen. Mit umso mehr Dankbarkeit haben wir es vernommen, daß sich der dänische Außenminister Per Haekkerup darnach diese Aufgabe aufgeladen hatte. Aber wir haben wohl empfunden, daß das Aufwerfen der deutschen Probleme heute vielfach als Störungsfaktor betrachtet wird. Nun ist das nicht unsere Schuld, daß es so ist. Wir würden uns aber schuldig machen, wenn wir vor dieser Atmosphäre weiter zurückweichen, als es politisch und bei aller taktischen Geschicklichkeit zulässig ist.

Mit besonders großem Interesse wurden unsere Vorschläge zur schrittweisen Erleichterung der deutschen Verhältnisse aufgenommen und vermerkt, daß hinter diesen Vorschlägen, die als konstruktiv und beweglich gekennzeichnet wurden, alle drei Parteien und die Arbeitnehmerorganisationen stehen. Es wurde allenteils die Hoffnung ausgesprochen, daß in dieser gemeinsamen Aktion auch die Zustimmung der Bundesregierung zu diesen Leitgedanken gesehen werden kann. Die Delegation selbst geht von der Hoffnung aus, daß die neue Bundesregierung diese Punkte in ihrer Regierungserklärung aufnehmen wird.

Diese Leitgedanken gehen davon aus, daß Unruhe, Spannung und Unsicherheit in Europa weitgehend auf der gewaltsamen Aufrechterhaltung und Vertiefung der Spaltung Deutschlands beruhen und der Friede sowie die

Sicherheit in Europa besonders gefährdet bleiben, solange wie dem deutschen Volk die Selbstbestimmung und die Freiheit für ganz Deutschland vorenthalten wird. Das Zeitalter des Kolonialismus geht zu Ende und darf nicht durch neue Formen von Kolonialismus abgelöst werden. Solange die Deutschen jenseits Mauer- und Zonengrenze außerstande sind, ihren eigenen Willen frei und ungehindert zu bekunden, haben die Menschen im freien Teil Deutschlands die Verpflichtung, für die Freiheit ihrer Mitbürger einzutreten, denen diese Freiheit vorenthalten wird. Niemand, der in Freiheit lebt, hat das Recht, auf die Freiheit derer, die in Unfreiheit leben, zu verzichten.

Schrittweise Lösungen

Es heißt dann weiter, daß eine realistische Politik die ungelöste deutsche Frage nicht weiter vor sich herschieben darf. In elf Punkten werden Vorschläge gemacht, wie man schrittweise der Lösung des deutschen Problems näherkommen kann. In Anlehnung an die Saarfrage sollte der Versuch gemacht werden, eine Übergangszeit bis zur schließlichen Volksbefragung in ganz Deutschland zu vereinbaren und terminlich festzulegen. Die vier Mächte sollten wie bei der Ausarbeitung des Staatsvertrages für Österreich einen ständigen Rat einsetzen, um die Grundzüge eines Friedensvertrages mit Deutschland auszuarbeiten. Die erste freie Entscheidung des ganzen Volkes, die am Ende der Verhandlungen stehen sollte, kann auch getrennt in beiden Teilen Deutschlands unter UNO- oder sonstiger internationaler Kontrolle vorgenommen werden. Inzwischen käme es darauf an, aus Gründen der Menschlichkeit zum Abbau der Spannungen und zur Abwehr von neuen Gefahren für den Frieden das Los der unter der Teilung leidenden Menschen sofort zu mildern. Dazu gehören menschliche Begegnungen, Zusammenführung der Familien, die freie Religionsausübung und die freie Begegnung auf kulturellem, beruflichem und sportlichem Gebiet. Für alle diese humanitären Aufgaben sollten gemischte Kommissionen gebildet werden. Eine Amnestie für alle, die sich gegen die Unmenschlichkeit zur Wehr gesetzt haben, ist ein Gebot der Menschlichkeit und eine dringende Notwendigkeit, heißt es weiter. Sollte dieses Mindestmaß an Menschenrechten gewährleistet werden, dann ist das freie Deutschland zu konkreten wirtschaftlichen Leistungen in mitbürgerlicher Verantwortung bereit.

Für ein gutnachbarliches Verhältnis zum Osten

Es wird betont, daß das ganze deutsche Volk ein gutnachbarliches Verhältnis zu den Völkern des Ostblocks erstrebt. Daher wird empfohlen, daß zwischenzeitlich das menschliche, wirtschaftliche und politische Verhältnis zu diesen Völkern gebessert wird. Außerdem wird festgestellt, daß der Zusammenschluß der Deutschen in gesicherter Freiheit zu keiner Verschiebung des machtpolitischen Gleichgewichts zugunsten der einen oder anderen Seite führen soll. Das deutsche Volk ist bereit, alles zu tun, was zur Verringerung der Gegensätze, zur Überwindung der Spannungen und zur Beendigung des Wettrüstens unter internationaler Kontrolle beitragen kann. Dazu gehört die Beseitigung ihrer Ursachen.

Wie glaubwürdig diese elf Punkte im Laufe der weiteren Entwicklung bei befreundeten und neutralen Mächten, sowie bei gutwilligen Kräften im Ostblock werden, wird davon abhängen, ob es uns gemeinsam gelingt, die deutsche Politik in die Richtung dieser Punkte zu bewegen. Das ist das eine. Das andere ist, daß die innenpolitische Auseinandersetzung, d.h. die Herausforderung des Ulbricht-Regimes zur Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit, seiner einzigen Machtposition, nämlich ein Bestatzungsregime zu sein, von uns begonnen wird. Die deutsche Frage kommt sicher nur von Eis, wenn die innerdeutsche Auseinandersetzung internationales Interesse mobilisiert.

Fortschritt für Südtirol

Widerstand gegen Terrorakte wird immer größer

sp - In Rom scheint man nun doch endlich zu erkennen, daß die einseitige und mit nationalistischen Tönen gefärbte Betrachtungsweise des Südtirol-Problems nicht durchzuhalten ist. Während noch vor 14 Tagen scheinbare Einmütigkeit in italienischen Parlamentskreisen über das Vorgehen der italienischen Polizei in Südtirol herrschte, werden jetzt energische Stimmen laut, die andere Methoden als die des Polizeiterrors fordern. Der sozialistische Senator Emilio Lussu erklärte zum Urteil im Trienter Carabinieri-Prozeß, der Urteilspruch sei skandalös und keineswegs so, daß man als Italiener stolz darauf sein könne. Lussu forderte die Zusammenarbeit der österreichischen mit der italienischen Polizei bei der Bekämpfung von Terroristen, "weil ja alle Ernstzunehmenden in Österreich und Italien gegen den Terrorismus sind". Am 23. Oktober sollen nun in Genf die Aussenminister Österreichs und Italiens zusammentreffen, um wiederum den Versuch zu machen, eine für alle Teile annehmbare Lösung des Südtirol-Problems zu finden. Hierbei scheint sich nunmehr auch auf italienischer Seite die Auffassung durchgesetzt zu haben, daß die in Jahre 1946 zwischen Wien und Rom getroffenen Vereinbarungen über die Rechte der deutschsprachigen Südtiroler respektiert werden müssen, zumal auch Papst Paul VI. den Erzbischof von Trient und den Bischof von Brixen zu deren Hirtenbrief beglückwünscht hat, in dem alle Katholiken in Südtirol aufgefordert wurden, auf jegliche Gewaltakte zu verzichten und Gewaltanwendungen zu verhindern.

- - +

Einnischungsmanöver Moskaus in Burma

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die jüngste Entwicklung in Südostasien, so zum Beispiel die sehr turbulenten Vorgänge anlässlich der Gründung des neuen Staates Malaysia, nicht ohne Folgen bleiben wird. In diesem Zusammenhang ist es sehr interessant festzustellen, daß die Sowjetunion neue Anstrengungen unternimmt, ihren Einfluß in einer Reihe von südostasiatischen Staaten geltend zu machen. Dabei zeigt sich Moskau, wie schon bei früheren Anlässen, nicht sehr zimperlich. Mehr oder minder offen werden für solche Versuche der Beeinflussung die dort ansässigen diplomatischen Missionen der Sowjetunion benutzt. So hat kürzlich der von der sowjetischen Botschaft in der burmesischen Hauptstadt Rangun herausgegebene Pressedienst in unverhüllter scharfer Form in die inneren Angelegenheiten Burmas eingegriffen. Dieses Verhalten hat in Burma großes Aufsehen und z.T. beträchtliche Empörung hervorgerufen. Hierbei wurde von einigen burmesischen Persönlichkeiten eine entschiedene Aktion des Ranguner Aussenministeriums gegen die sowjetische Botschaft gefordert. Die Intervention Moskaus in Rangun zeigt erneut sehr deutlich, daß die Sowjetunion nicht davor zurückschreckt, Teile der Öffentlichkeit in Südostasien unter Druck zu setzen, um so Einflußmöglichkeiten auf die innere Entwicklung zu nehmen. Es ist allerdings sehr fraglich, ob die Sowjets mit solchen plumpen Manövern den von ihnen gewünschten Erfolg haben werden. Nach Meinung vieler Beobachter hat Moskau den Willen der Menschen in Südostasien, über ihre eigenen Angelegenheiten frei und ohne Einmischung von aussen zu entscheiden, gewaltig unterschätzt.

+ + +